Deutscher Bundestag
10. Wahlperiode

Drucksache 10/5797

27. 06. 86

Antrag

der Abgeordneten Ströbele, Vogel (München) und der Fraktion DIE GRÜNEN

Entschädigung für Zwangsarbeit während der Nazi-Zeit

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

Der Deutsche Bundestag nimmt die öffentliche Diskussion über Zwangsarbeiter bei Firmen und Kommunen während des Nationalsozialismus zum Anlaß, dazu beizutragen, daß endlich alle „Sklavenarbeiter" die ihnen zustehenden Zahlungen erhalten.

II.

Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf,

1. dafür zu sorgen, daß sämtliche „Sklavenarbeiter", die während der Nazi-Herrschaft „Sklavenarbeit" für die deutsche Industrie leisten mußten, aus dem Vermögen der betroffenen Unternehmen bzw. ihrer Rechtsnachfolger angemessene Zahlungen erhalten;
2. sofort einen Gesetzentwurf vorzulegen, der beinhaltet, daß alle „Sklavenarbeiter" für die Zeit ihrer Ausbeutung in deutschen Firmen aus Mitteln der Unternehmen bzw. ihrer Rechtsnachfolger sowie aus staatlichen Mitteln nachversichert werden in einer Höhe, die den entsprechenden Pensionsanwartschaften von Beamten nicht nachstehen darf.

Bonn, den 27. Juni 1986

Ströbele
Vogel (München)
Borgmann, Hönes, Volmer und Fraktion

Begründung

Die öffentliche Diskussion der letzten Wochen hat gezeigt, daß eine Auseinandersetzung über die „Sklavenarbeit" im Nazi-Deutschland bisher noch nicht geführt worden ist. Wir müssen davon ausgehen, daß viele „Sklavenarbeiter" bisher noch nicht einmal teilweise Lohnersatz oder Entschädigung erhalten haben.

Die folgenden ausführlichen Darstellungen der „Sklavenarbeit" am Beispiel der Firma Flick sollen einen ersten Gesamteindruck davon vermitteln, wie die deutsche Industrie sich am Leid vieler Menschen bereichert hat.

Zur Entschädigung für Zwangsarbeit im „Dritten Reich": der Fall Flick und Deutsche Bank AG

1. Das Ausmaß der Beteiligung des Flick-Konzerns

Zur Zeit des Höhepunkts des „totalen Kriegs" waren bei Flick 120 000 bis 130 000 Arbeiter beschäftigt. Davon waren dokumentarisch nachgewiesen 40 000 ausländische Arbeiter. In den Personalberichten des Konzerns wurde während des Kriegs durchgängig bei den ausländischen Arbeitern eine Fluktuationsrate von 30 % angesetzt („Abgang" durch Tod, Rücktransport in die Heimatländer wegen schwerer Krankheit, Einweisung in Straflager, „Arbeitsvertragsbruch" bzw. Flucht). Die Gesamtzahl der bei Flick eingesetzten Fremdarbeiter ist somit mit mindestens 60 000 anzusetzen.

Von diesen 60 000 Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeitern befanden sich etwa 20 % aufgrund zwischenstaatlicher Abkommen mit den okkupierten bzw. neutralen Ländern Nord-, Süd- und Westeuropas freiwillig in den Flick-Unternehmen und waren den deutschen Arbeitern in etwa gleichgestellt. 48 000 bis 50 000 Fremdarbeiter waren Zwangsarbeiter.

Hinsichtlich der nationalen und sozialen Zusammensetzung der Zwangsarbeiter in den wichtigsten Werken des Flick-Konzerns ergibt sich aus dem bekannten urkundlichen Material ein Durchschnitt wie folgt:

Sowjetische Zwangsarbeiter (Kriegsgefangene und „Ostarbeiter")	50 %
Polnische Zwangsarbeiter (Kriegsgefangene und zivile Zwangsarbeiter)	15 %
Italienische Militärinternierte	10 %
Jüdische Zwangsarbeiter aus den KZ	10 %
Sonstige Kriegsgefangene (vor allem Franzosen) und zivile Zwangsarbeiter (vor allem aus Südosteuropa)	15 %

Diese Durchschnittsziffer schwankte von Betrieb zu Betrieb. Der Anteil sowjetischer und polnischer Zwangsarbeiter war im Bergbau und in den Eisen- und Stahlunternehmen Flicks besonders hoch. Außerdem wandelte sich die Zusammensetzung nach jeder Phase der Zwangsrekrutierung. In den ersten beiden Kriegsjahren wurden vor allem polnische, seit dem Herbst 1941 vor allem sowjetische, seit dem Herbst 1943 vorrangig italienische und seit Anfang 1944 vor allem jüdische Zwangsarbeiter in die Betriebe des Flick-Konzerns verschleppt.

1.1 Wer rekrutierte die Zwangsarbeiter?

Zwangsarbeiter rekrutierte der Flick-Konzern in verstärktem Ausmaß seit dem Oktober 1939. In den ersten beiden Kriegsjahren

wandten sich die Personalabteilungen der Flick-Unternehmen vornehmlich mit ihren Anforderungen an die örtlichen Arbeitsämter und die regionalen Arbeitsverwaltungen (Gauarbeitsämter). 1941 und 1942 wurden unter intensiver Beteiligung des Flick-Managements die „Reichsvereinigung Kohle" und die „Reichsvereinigung Eisen" gegründet. In den regionalen Lenkungsausschüssen dieser Gremien (Bezirksgruppe Ruhr usw.) saßen Flick-Repräsentanten an exponierter Stelle. Von dort aus wurden die Zentralen der Arbeitsverwaltung, des Vierjahresplans, der Wehrmacht und seit März 1942 das Amt des „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz", Sauckel, mit immer höheren Forderungen nach Zwangsarbeiterquoten bombardiert. Seit etwa Mitte 1943 kam Flick über seine Vertreter in den „Reichsvereinigungen" in Kontakt mit der „Zentralen Planung des Rüstungsministeriums Speer" und setzte erhöhte Zwangsarbeiterkontingente am „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz" vorbei durch. Als die Arbeitskräfteverknappung im Frühjahr 1944 dramatisch zunahm, errichtete die Flick KG eigene Rekrutierungsbüros im besetzten Ausland. Gleichzeitig nahm sie direkten Kontakt mit dem „Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamt" der SS auf, zu dem der Flick-Konzern über den „Freundeskreis Himmler" seit langen Jahren gute Beziehungen unterhielt. Die Manager Flicks durften in mehreren Konzentrationslagern selbst Zwangsarbeiter rekrutieren.

Die Flick-Manager führten unentwegt Klage über eine nicht ausreichende Zulieferung und forderten regelmäßig höhere Kontingente.

1.2 Arbeits- und Überlebensbedingungen

Bei Flick gab es ein ausgeklügeltes Überwachungs- und Strafensystem. Die Werkschutzeinheiten Flicks (Rombacher Hütte, Maximilianshütte) waren berüchtigt. Prügel und Mißhandlungen waren an der Tagesordnung.

Der betriebsinterne Terror wurde bei Flick – wie bei den meisten der RVK und RVE angeschlossenen Unternehmen – durch eine sogenannte Leistungsernährung ergänzt: Ließ die Arbeitsleistung nach, so wurde die ohnehin schon unter den behördlichen Sätzen liegende Zwangsarbeiterkost entsprechend gekürzt.

Gearbeitet wurde rund um die Uhr, in zwei Zwölfstundenschichten. Um „mit allen Mitteln... höhere Leistungen herauszuholen", wurden die Zwangsarbeiter überwiegend in geschlossenen Gruppen unter strenger Aufsicht eingesetzt. Sie mußten die schwersten körperlichen Hilfs- und Transportarbeiten sowie Fließbandarbeit verrichten.

1.3 Lohnverhältnisse

Flick praktizierte ein ausgeklügeltes Lohnsystem. Darin spiegelte sich die Absicht wider, die Zwangsarbeiter insgesamt von den deutschen Arbeitern zu isolieren.

Auch hier hat Flick den behördlichen Richtlinien besondere selektierende Komponenten hinzugefügt.

Im Jahr 1943 waren die Löhne der am niedrigsten bezahlten Arbeiterkategorien der Harpener Bergbau AG folgendermaßen gestaffelt:

	Nettolohn je Schicht
Westliche Zivilarbeiter	6,60 RM
Polnische Zivilarbeiter	5,36 RM
Sowjetische Zivilarbeiter	1,86 RM
Westliche Kriegsgefangene	1,86 RM
Sowjetische Kriegsgefangene	0,40 RM

Seit 1944 nahm die Zahl der – überwiegend jüdischen – Zwangsarbeiter zu, die in Außenlagern der Konzentrationslager Dachau, Flossenbürg, Groß-Rosen u. a. untergebracht waren. Sie erhielten überhaupt keinen Lohn; die Flick KG führte an die SS pro Arbeitstag die üblichen 4 RM für Ungelernte und 6 RM für Facharbeiter ab.

1.4 Relation Lohn, Umsatz und Gewinne

Eine Reihe von Unterlagen macht es möglich, die relative Entwicklung von Löhnen, Umsätzen und Gewinnen bei Flick einigermaßen zuverlässig zu schätzen. Die Umsätze nahmen seit 1942 sprunghaft zu, eine entsprechende Erhöhung der Kapitalausstattung und der Rücklagen der Hauptunternehmen folgte auf dem Fuß. Relativ dazu sank der Lohnanteil, und zwar ebenfalls mit einem markanten Einschnitt 1941/42. Setzt man die Gesamtlohnsumme in Beziehung zur Steigerung der Gesamtbeschäftigtenzahl, so ergibt sich eine Senkung um durchschnittlich 20 bis 25 %. In der Bilanz gibt sich dieser Trend als Stagnation bzw. geringfügige relative Steigerung bei Ausweitung der Beschäftigtenzahlen um über 30 % – meist Zwangsarbeiter – zu erkennen.

Allein aus den Geschäftsberichten des Flick-Konzerns läßt sich ein gewisser Überblick über die sich in erhöhten mobilen und fixen Kapitalbestandteilen ausdrückende besondere Profitabilität des Zwangsarbeitereinsatzes gewinnen:

Tabelle: Zahlen zur Flick-Bilanz 1939 und 1943 (1942)
– alle Zahlen = Mio. RM –

Unternehmen	Grundkapital		Rücklagen		Rückstellungen		Umsätze		Gewinne*)		Bruttlohnsumme**)	
	1939	1943	1939	1942	1939	1942	1940/43		1940/43		1939/42	
Fried. Flick KG	37,5	37,5	?		?		94	142	12,4	17,5	?	
Mittelstahl	28,0	75,0	7,5	8,0	21,1	22,0	182	225	27,7	39,8	35,2	39,3
Maxhütte	26,2	43,7	5,5	0,5	8,1	9,2	89	96	11,8	19,6	18,3	18,9
Harpener Bergbau	60,0	70,0	1,7	2,3	25,7	26,3	117	121	14,2	15,0	?	
Essener Steinkohle	63,0	72,0	1,2	1,5	8,5	21,0	109	132	18,3	21,8	?	
Anhaltische Kohlenwerke	23,0	100,0	21,0	22,0	3,3	17,9	115	190	14,0	31,5	?	
Lübecker Hochofen	16,0	16,0	?		?		44	35	1,2	2,1	?	
Linke-Hofmann	6,0	9,0	?		3,0	6,1	44	51	4,0	6,9	?	
Sonstige (ATG, Busch, AG Montan, Fella Faguma, Sächs. Gußstahl)	14,8	18,7	?		?		168	210	16,4	35,2	?	
	274,5	441,9					962	1 202	120,0	189,4		

*) vor Steuer

**) Hier sind noch umfangreiche archivalische Recherchen erforderlich.

Um zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen, müssen vor allem die Zahlen zur Lohnentwicklung in den Hauptunternehmen noch erschlossen und bearbeitet werden. Aber schon jetzt kann gesagt werden, daß die Ausbeutung von Zwangsarbeitern eine wesentliche Quelle zur Verbesserung der Gewinnsituation und der Kapitalausstattung dargestellt hat.

2. Beteiligung der Deutschen Bank

Während des „Dritten Reichs" gab es keine engeren Beziehungen zwischen Flick und der Deutschen Bank. Hausbank war die Dresdner Bank, die vor allem das „Arisierungs-" und Plünderungsgeschäft von Flick in den eroberten bzw. annektierten Gebieten unterstützte.

Allerdings war die Deutsche Bank AG selbst über ein kompliziertes System von Aufsichtsratsmandaten und Kontrollpositionen in einigen Konzernen der Stahlindustrie, der Kfz-Industrie und der Elektrotechnik mittelbar an der Ausbeutung von Zwangsarbeitern beteiligt.

Vor allem die Mannesmannröhren-Werke, die BMW und die Daimler-Benz AG, Industriefilialen der Deutschen Bank, beuteten Zwangsarbeiter in einem Ausmaß aus, das dem Flick-Konzern durchaus nahekam. Die Aufsichtsratsvorsitzenden dieser drei Unternehmen gehörten dem Vorstand der Deutschen Bank an (bei BMW und Daimler bis 1940 Emil Georg von Stauß, dann Hans Rummel; bei Mannesmann Oswald Rösler). Diese Repräsentanten nahmen aktiv an der Personalpolitik der genannten Unternehmen teil und ließen sich sogar über Verkaufsverhandlungen um Zwangsarbeiterbaracken laufend informieren. Über ihre umfangreichen Aktiendepots hat die Deutsche Bank zusätzlich von den darauf gezahlten Dividenden Anteile an den Extraprofiten aus Zwangsarbeit eingestrichen.

Aufgrund hier nicht im einzelnen darzustellenden Transaktionen zwischen der Deutschen Bank und dem Flick-Konzern – und nicht erst seit der spektakulären Aktion des Flick-Erben zum Jahresende 1985 – ist es unmöglich, im Fall Flick und Deutsche Bank die Zwangsarbeitspolitik auf isolierbare Kapitalgrößen zu beziehen. Beide, Deutsche Bank und Flick-Konzern, sind zu Zahlungen an die Zwangsarbeiter verpflichtet.

3. Bisherige Entschädigungsverhandlungen

In den bisherigen Entschädigungsverfahren sind die ehemaligen Zwangsarbeiter der deutschen Konzerne nicht berücksichtigt worden. Der Tatbestand der Zwangsarbeit in deutschen Konzernbetrieben wurde aus den Gesetzen genauso wie aus den internationalen Verträgen ausgeklammert. Nur Verfolgungsschäden aus rassischen, weltanschaulichen oder religiösen Gründen wurden anerkannt. Das Phänomen der Zwangsarbeit blieb weitgehend unberücksichtigt.

Einzelne Regelungsversuche, wie z. B. die Bemühungen der polnischen Regierung im Jahr 1969 anläßlich der Vorverhandlungen

zum Warschauer Vertrag oder die Verhandlungen der „Jewish Conference on Material Claims" mit den Nachfolgern der IG-Farben, Siemens, AEG, Krupp und Rheinmetall, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Problem der Entschädigung der „Sklavenarbeit" während der Nazi-Diktatur nicht ausreichend geklärt worden ist. Es ist der deutschen Industrie gelungen, ihre Schuld gegenüber den Zwangsarbeitern vor der Öffentlichkeit zu verschleiern. Um so wichtiger ist es, daß die Bundesregierung einen klärenden Bericht über den gesamten Komplex erstellt, der die Verantwortlichkeiten aufzeigt.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333